Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 156. Jahrgang 202.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbell.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbell.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Freitag, 2. April 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Zolltarifverhandlungen in Washington.

Wir haben uns bereits kürzlich allgemein mit der Frage des neuen amerikanischen Zolltarifs beschäftigt und dabei bemerkt, daß man anscheinend von Seiten der Union von einem eventuellen Bruch der Handelsverträge und Handelsabkommen abzusehen gedenke. Inzwischen haben am 22. März im Repräsentantenhause die Verhandlungen begonnen, wo die Vorlage von dem Abgeordneten Payne offiziell vertreten wird, dessen Namen sie als „Payne-Bill" auch künftighin führen wird. Interessant ist nun schon das Zugeständnis, das in einer Mitteilung der Tarifkommission liegt. Diese hat nämlich berechnet, daß der neue Payne-Tarif, wenn er in der vorgeschlagenen Form Gesetz wird, die Waren im Durchschnitt mit einem Zoll von 45,72 Proz. des Wertes belastet, während die Durchschnittsbelastung durch den heutigen Dingleytarif 44,16 Prozent beträgt. Mag der Unterschied auch nicht groß sein, so sieht man doch, daß von einer allgemeinen Herabsetzung des Tarifs keine Rede ist und daß schließlich die Erhöhungen die vorgeschlagenen Erniedrigungen noch überschreiten. Dabei mehren sich die Stimmen, welche darauf hinweisen, daß man auch selbst die tatsächlichen Zollherabsetzungen wieder illusorisch machen werde durch eine für Amerika günstigere Wertberechnung, von der wir schon in unserem letzten Artikel gesprochen haben. Man will nämlich dann nicht mehr, wie durch ein Abkommen mit Deutschland und anderen Ländern vereinbart worden ist, den heimischen Exportpreis der Ware der Verzollung zugrunde legen, sondern den amerikanischen Engrospreis, der durchweg höher ist als dieser. Alles in allem: Man sieht jetzt schon aus den wenigen Verhandlungen, daß von der viel gerühmten Herabsetzung des amerikanischen Zolltarifs nicht die Rede sein kann, sondern daß es sich vielmehr direkt und noch mehr indirekt um Zollerhöhungen handeln wird. Jeder, der amerikanische Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, konnte auch nichts anderes erwarten. Wir sind immer der optimistischen Auffassung einer baldigen, durchgreifenden Zollherabsetzung des Tarifs entgegengetreten. Wir haben denn weiterhinn gleich nach den letzten großen Wahlen, die eine ganz markante Stärkung der schutzzöllnerischen Elemente des Parlaments brachten, darauf hingewiesen, daß nunmehr von einer eventuellen Zollherabsetzung gar nicht mehr die Rede sein könne, daß vielmehr womöglich noch mit Zollerhöhungen gerechnet werden müsse. Diese unsere Annahme scheint sich, das sieht man schon jetzt zu bewahrheiten.

Nun zu dem Handelsverhältnis zu Deutschland. Das bestehende Handelsabkommen ist am 1. Juli 1907 in Kraft getreten mit Gültigkeit auf ein Jahr und läuft mit halbjähriger Kündigungsfrist stillschweigend weiter. Der nächste Kündigungstermin ist der 1. Januar 1910, an dem das Abkommen für den 1. Juli 1910 gekündigt werden könnte. Bis dahin müssen sich die Amerikaner, wenn sie sich nicht eines Vertragsbruches schuldig machen wollen, schon gedulden. Nun ist aber fortgesetzt davon die Rede, daß der neue Tarif schon am 1. Juli d. Js. in Kraft treten soll. Auf eine Anfrage des Repräsentanten Barthold, ob eine zweimonatige Frist nicht zu kurz für die Entscheidung des Auslandes sei, hat der Einbringer Payne nach Zeitungsnachrichten geantwortet, daß in erster Linie Deutschland in Betracht komme, und daß der deutsche Reichstag jetzt versammelt sei und zweifellos wisse, was vorgehe. Man weiß nicht, vorausgesetzt, daß diese Mitteilung richtig ist, was der amerikanische Abgeordnete damit hat sagen wollen, denn der Reichstag ist, da das Handelsabkommen nicht gekündigt, der amerikanische Tarif ja überhaupt noch gar nicht endgültig beschlossen ist, doch nicht in der Lage, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Payne hat dann weiter erklärt, daß man im neuen Tarifgesetzentwurfe die Möglichkeit von Handelsabkommen absichtlich ausgeschlossen habe. Wenn der Tarif beraten sei, dann handele es sich für die Regierung in Washington nur noch um die technische Entscheidung, ob die Bedingungen für den Minimaltarif gegeben seien oder nicht. Das heißt also mit anderen Worten: man wird, nachdem der Tarif fertiggestellt ist, den verschiedenen Staaten, gleichgültig, ob man mit ihnen in irgend einem Vertragsverhältnis steht, die Frage vorlegen, ob sie die volle Meistbegünstigung gewähren wollen oder nicht. Man wird sich dabei zweifellos auch an Deutschland wenden, ganz unbekümmert, daß unser Handelsabkommen frühestens am 1. Juli 1910 ablaufen kann. Nun genießt allerdings Amerika nach dem neuesten Abkommen unseren Vertragstarif nicht in vollstem Umfange. Wir haben aber schon früher darauf hingewiesen, daß diese Ausnahmen im großen und ganzen für uns nicht von Bedeutung sind, sondern daß vielmehr für ungefähr 92—96 Proz. der hier in Betracht kommenden Waren den Amerikanern die Vertragssätze zugestanden werden. Praktisch würde also die Einräumung der vollen Meistbegünstigung nicht allzu viel bedeuten, es könnte sich höchstens um eine, allerdings sehr wichtige Prinzipienfrage handeln. Für die Landwirtschaft ist hier die Frage des Oleo-Margarinezolles von Interesse. Für Oleo-Margarine ist nämlich, entgegen den früheren Handelsabkommen, den Amerikanern in dem letzten der Vertragszoll nicht bewilligt worden.

Man wird gut tun, auf die Verhandlungen in Washington weiterhin ein wachsames Auge zu haben: Schon aus dem wenigen, was man gehört hat, geht hervor, daß man dort, einer alten lieben Gewohnheit folgend, sich um bestehende Verträge nicht im geringsten zu kümmern gedenkt, am wenigsten Deutschland gegenüber, und nur das tut, was dem eigenen Lande nützlich ist. An sich ein ganz richtiger Standpunkt, der von unserer Seite leider viel zu wenig betont wird, nur dürfen es sich eben die anderen Staaten nicht gefallen lassen, was wir leider bisher auch immer getan haben.

Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Die russische Regierung hat sich bekanntlich vor der jüngsten Demarche der Mächte in Belgrad bereit erklärt, auf Grund der türkischen Vereinbarung mit Oesterreich-Ungarn über die Annexion von Bosnien und Herzegowina der dadurch bedingten Abänderung des Artikels 25 des Berliner Vertrages ihre Zustimmung zu geben.

Trotz wiederholter gegenteiliger Feststellung in deutschen Blättern wird in einem großen Teil der ausländischen Presse die Fabel aufrecht erhalten, der Entschluß der russischen Regierung sei das Ergebnis einer „Pression" Deutschlands gewesen; es wurde sogar die groteske Behauptung aufgestellt, Deutschland habe „mit Mobilmachung gedroht".

Demgegenüber ist die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ermächtigt, den Hergang authentisch und endgültig folgendermaßen festzustellen: Auf verschiedene Demarchen, die Serbien zum Aufgeben seiner unberechtigten Ansprüche aus Anlaß der Annexion der beiden Provinzen durch Oesterreich-Ungarn veranlassen sollten, hatte Serbien, wie von allen Mächten anerkannt wurde, in unbefriedigender Weise geantwortet. Hierfür liegt der Beweis schon darin, daß sich die Mächte in den letzten Tagen zu einer erneuten Demarche in Belgrad entschlossen haben. Serbien wich einer befriedigenden Antwort stets dadurch aus, daß es auf seine vermeintlichen Rechte nicht verzichten könne, weil die Mächte selbst der Annexion ihre Zustimmung nicht gegeben hätten. Da sich Rußland an die Spitze der friedlichen Einwirkung auf die serbische Regierung gestellt hatte, trat die kaiserliche Regierung in einer den traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland entsprechenden Weise an letzteres mit dem Gedanken heran, einer weiteren Aktion in Belgrad dadurch eine festere Basis zu geben, daß die Mächte einzeln durch Noten auf einen ihnen von Oesterreich-Ungarn zu erkennen zu gebenden Wunsch ihre Sanktion zur Abänderung des Art. 25 des Berliner Vertrages aussprechen sollten. Es sollte damit lediglich Serbien der Vorwand entzogen werden, seine Unnachgiebigkeit mit dem Hinweis auf die Haltung der Mächte gegenüber der Annexion zu begründen. Die Folge des Gedankenaustausches über die deutsche Anregung zwischen Berlin und St. Petersburg war die Zustimmung der russischen Regierung zu Deutschlands wohlgemeintem Vorschlag. Dessen durchaus freundschaftlichen Charakter und rein friedliche Tendenz richtig erkannt und bewertet zu haben, ist ein unbestreitbares Verdienst des russischen auswärtigen Ministers. Daß dieser mit seiner Auffassung recht hatte, dafür spricht, daß nach einigem Zögern auch die anderen Regierungen sich dem deutschen Gedanken angeschlossen haben. Ein Grund zu Verdächtigungen Deutschlands oder Rußlands kann in dem ganzen Vorgang also absolut nicht gefunden werden. Es hat keine Spur von „Drohungen" stattgefunden, und es konnte also auch keinen Drohungen nachgegeben werden. Die „Norddeutsche" spricht die Hoffnung aus, daß die Polemiken aus Anlaß dieses Vorganges, der sich in der Form freundschaftlicher Aussprache abgespielt hat, aufhören; wer darin fortfährt, setzt sich dem Verdacht unlauterer Verhetzung aus.

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Graf Forgach, übermittelte Donnerstag mittag dem serbischen Minister des Aeußeren, Milowanowitsch, die Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung. Diese nimmt darin die serbische Note vom 30. März zur Kenntnis, spricht den Wunsch nach freundnachbarlichen Beziehungen aus und erklärt, daß die neuen Handelsvertragsverhandlungen sofort aufgenommen werden können. Mit dem 1. April ist zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien der vertragslose handelspolitische Zustand eingetreten.

Das Wiener „Fremdenblatt" schreibt zu dem Kommentar, welchen die Vertreter der Mächte in Belarad gelegentlich ihres vermittelnden Schrittes dem serbischen Minister des Aeußern, Dr. Milowanowitsch, am 31. März gegeben haben:

Dieser Kommentar ist keinesfalls so aufzufassen, als ob darin eine Gegenerklärung zu der der österreichisch-ungarischen Regierung zu erblicken wäre. Die Vertreter der Mächte haben der serbischen Regierung nur etwas Selbstverständliches mitgeteilt und sie über die Stimmungen unterrichtet, die in Wien an den maßgebenden Stellen, aber auch in der gesamten Bevölkerung gegenüber dem benachbarten Königreiche obwalten, Stimmungen, aus deren Kenntnisnahme Serbien allerdings die Beruhigung schöpfen darf, daß seine verfehlte Politik in den letzten Monaten bei uns kein Gefühl der Rankune zurückgelassen hat. Zu einer formellen Erklärung in dieser Hinsicht lag natürlich keine Veranlassung vor, und es wären die Vertreter der Mächte zu einer solchen auch nicht ermächtigt gewesen.

Der russische Militäretat.

Die Reichsduma verhandelte am Donnerstag über den Militäretat. Die Verhandlungen verliefen äußerst erregt, da verschiedene Redner die auswärtige Politik berührten. Der Referent der Budgetkommission, der Führer der Oktobristen, Gutschkow, beantragte die Bewilligung des Gesamtbetrages der Militärverwaltung im Betrage von 512 625 793 Rubeln. Der Kanzleichef des Kriegsministeriums berichtete hierauf über eine Reihe teils durchgeführter, teils geplanter Heeresreformen. General Bobianski (Kadett) verglich die Zahlen des deutschen Militäretats mit denen des russischen und behauptete, der russische Staatsbürger zahle für Heereszwecke zweieinhalbmal soviel als der deutsche. Der Verwaltungsapparat des russischen Heeres koste mehr als die ganze japanische Armee. Redner verglich sodann den russischen mit dem preußischen Generalstab. Er hob die musterhaften, durch den Feldmarschall Grafen Moltke geschaffenen Einrichtungen hervor, die auch jetzt noch beständen, und kritisierte die Ueberfüllung des russischen Generalstabes, der viermal so stark wie der deutsche sei und trotzdem nicht annähernd dasselbe leiste. — Auf die weiteren Verhandlungen kommen wir zurück.

Deutsches Reich.

* **Der Kanzler beim Kaiser.** Der „Reichsanzeiger" meldet: Am Donnerstag nachmittag hörte der Kaiser den Vortrag des Reichskanzlers. Vormittags hatte der Kaiser im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Chefs des Admiralstabs der Marine, Admirals Graf v. Baudissin, des Chefs des Generalstabes der Armee, Generals der Infanterie v. Moltke, und des Chefs des Militärkabinetts, Generalleutnants Frhrn. v. Lyncker entgegengenommen.

* **Der Großherzog von Oldenburg** besichtigte am Mittwoch in Bremerhaven das Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins „Großherzogin Elisabeth" An der Besichtigung nahm auch der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Schulschiffvereins teil. Zunächst wurde die seemännische Einzelausbildung der Zöglinge (Bootsrudern, Wricken, Lotsen, Spliffen, Segelnähen und Signalisieren) geprüft. Daran schloß sich ein richtig und schnell ausgeführtes Segelmanöver. Die Besichtigung verlief zur vollsten Zufriedenheit. F. C. Bramsloe-Hamburg, der im Auftrage Seiner Königl. Hoheit die Kritik über die seemännischen Leistungen aussprach, konnte seine Belobigung über das Vorgeführte äußern. Der Großherzog sprach im Auftrage des Kaisers der Bootsbesatzung, die an der Rettung des während der Reise im Stillen Ozean über Bord gefallenen Leichtmatrosen Friedland beteiligt war, eine besondere Allerhöchste Belobigung des Kaisers aus.

* **Der Bundesrat** erteilte in seiner Sitzung am Donnerstag der Vorlage betreffend die revidierte Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst die Zustimmung.

* **Die Stempelsteuerkommission des Abgeordnetenhauses,** über deren Sitzung am Dienstag wir bereits kurz berichtet haben, lehnte einen Antrag, den Fideikommißstempel von 3 auf 5 Prozent zu erhöhen, vorläufig ab. Für die Erhebung eines Inbegriffs von Gütern zu einer Standesherrschaft, einem Herzogtum oder Fürstentum wurden 12 000 Mk., für die Verleihung des Patents für einen Kammerjunker 800 Mk., für einen Kammerherrn 2400 Mk., sofern letzterer vorher Kammerjunker war, 1600 Mk. festgesetzt. Ferner wurden festgesetzt für die Verleihung des Titels Geheimer Kommerzienrat 5000 Mk., des Titels Kommerzienrat 3000 Mk., für den Titel Geheimer Kommissionsrat 1000 Mk., für den Titel Kommissionsrat 500 Mk., im übrigen wurden 300 Mk. angesetzt. Ein freisinniger Antrag, Briefe oder sonstige schriftliche Mitteilungen im bankgeschäftlichen Verkehr über die Auskehrung von Geldern auf feste Termine oder auf Kündigung mit und ohne Frist, stempelfrei zu belassen, wurde angenommen. Ebenso wurde ein konservativer Antrag angenommen, der für die Genehmigung der Verlängerung der Polizeistunde für einzelne Wirtshäuser und öffentliche Vergnügungsorte die Gebühr auf 25 Mk. und, wenn die Genehmigung auf die Dauer von weniger als einer Woche erteilt wird, auf 1,50 Mk. erhöht. Hinsichtlich der Pachtverträge über forst- und landwirtschaftlich benutzte Grundstücke wurde es bei einem Betrage bis zu 3000 Mk. Jahrespacht bei dem Regierungsvorschlage von $^{1}/_{10}$ Prozent belassen, dagegen wurde der Satz für eine Pachtsumme von 3000—30 000 Mk. auf $^{2}/_{10}$ Prozent, von mehr als 30 000 Mk. auf $^{3}/_{10}$ Prozent ermäßigt. Der Antrag der Konservativen, für Namensänderungen statt der vorgeschlagenen 30 Mk. den Betrag von 100 Mk. zu erheben, wurde abgelehnt. Der Luftbarkeitsstempel wurde nach dem konservativen Antrag auf 5 Mk. erhöht, dabei aber die Ermächtigung hinzugefügt, den Betrag bis zu 50 Pfg. zu ermäßigen. Der Stempelbetrag für Erlaubniserteilung an Pfandvermittler, Gesindevermittler usw. wurde von der Kommission herabgesetzt, weil er von der Regierung etwas zu hoch bemessen war. Die Kommission beschloß, für Gesindevermieter den Betrag von 50 Mk. in geeigneten Fällen auf 25 Mk. zu ermäßigen. Im übrigen sollen sich die Beträge nach der Gewerbesteuer abstufen. Für die Errichtung einer Zweigapotheke wurden 10 Mk., für die Verlegung einer Apotheke auf Antrag des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190904022-14/fragment/page=0001

Besitzers 20 Mk. in Ansatz gebracht. Am Mittwoch begann die Kommission die Besprechung des Stempelsteuergesetzes. Nach § 2 des Gesetzes sind Urkunden, die im Auslande über Geschäfte errichtet werden, wenn sie im Inlande befindliche Geschäfte betreffen, oder im Inlande zu erfüllen sind, stempelpflichtig. Als Inland gilt dabei das Gebiet Preußens. Von den Freisinnigen war ein Antrag gestellt, den im Auslande für solche Urkunden verwendeten Stempelbetrag auf den inländischen Stempel zu verrechnen, zu mindesten aber den in einem anderen Bundesstaate verwendeten Stempel. Der auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkte Antrag wurde im Prinzip mit der vom Zentrum beantragten Maßgabe gebilligt, daß die Verrechnung nur da erfolgen solle, wo Gegenseitigkeit verbürgt sei. Ein Antrag der Freisinnigen, die unterste Grenze der stempelsteuerpflichtigen Urkunden von 150 Mk. auf 300 Mk. zu erhöhen, wurde abgelehnt. Inbetreff der Haftung der Beamten und Notare für nicht oder nicht ausreichend verwendeten Stempel wurde entsprechend einem Antrage der Freisinnigen und des Zentrums die Bestimmung getroffen, daß die Haftung nur eine subsidäre sein, d. h. nur dann eintreten soll, wenn der Stempelbetrag von dem eigentlich Verpflichteten nicht eingezogen werden könne, und daß der Beamte bezw. der Notar nur dann haftet, wenn seinerseits ein Verschulden vorliegt. Damit schloß die erste Beratung des Gesetzes. Die nächste Sitzung findet wahrscheinlich am 28. April statt.

* **Pfarrer Tremel.** Die Münchener Blätter melden nunmehr übereinstimmend: Erzbischof von Abert hat Mittwoch nachmittag die über den Pfarrer Tremel verhängte suspensio a divinis aufgehoben.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom 1. April, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Die erste Lesung des

Eisenbahnanleihegesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. **v. Schmeling** (kons.) dankt für die in der Vorlage enthaltene Umwandlung der Nebenbahn Bütow—Rummelsburg in eine Hauptbahn, sieht dies aber nur für eine Abschlagszahlung an und hofft auf baldigen Bau der Linie Belgard—Zoppot.

Abg. **Strosser** (kons.) fordert Bahnen für den östlichen Teil des Kreises Lublinitz in Posen.

Abg. Dr. **Busse** (kons.) empfiehlt Erschließung des Ostens von Hohensalza.

Abg. **Haarmann**-Witten (natl.): Ich nehme Rücksicht auf die Tatsache, daß noch über 50 Redner gemeldet sind (Heiterkeit), und fasse mich kurz. Der Minister gebe uns eine möglichst kurze Verbindung zwischen den hochentwickelten Industriebezirken zwischen Ruhr und Wupper. Die Strecke Elberfeld—Barmen nach Witten über Hagen ist überlastet.

Abg. **Heydweiller** (natl.) tritt für die Strecke Montabaur-Nassau und die Volme—Lenne-Bahn **ein.** Den Bewohnern des dortigen Bezirks sei zugerufen: Lernet klagen, wenn ihr leidet! (Heiterkeit.)

Abg. **v. Haake** (kons.) nimmt sich des oberen Eichsfeldes an.

Abg. **v. Bülow**-Homburg (natl.) ersucht um ein zweites Gleis zwischen Frankfurt und dem Westerwald über Zützen.

Abg. **Beltin** (Ztr.) wünscht eine Bahn Bernastel—Hundsrück.

Abg. Dr. **Arendt** (freikons.): Schon ein Vierteljahrhundert habe ich gebeten. Wie gern möchte ich einmal danken! (Heiterkeit.) Das Projekt einer Nebenbahn Eisleben über Mansfeld aus Privatmitteln ist gescheitert. Auch die Bahn Halle—Hettstedt ist aus Privatmitteln gebaut, sollte aber vom Staat übernommen und als Nebenbahn noch weiter ausgebaut werden, wobei Alsleben mit Güsten, Eisleben mit Querfurt zu verbinden ist. Auch die weitere Erschließung des Mansfelder Seekreises ist notwendig.

Abg. **Mogk** (natl.) wünscht eine Bahn für den Kreis Tuchel.

Abg. Dr. **Wagner** (freikons.) ist im Gegensatz zu den Abgg. Frhrn. v. Zedlitz und Krause-Waldenburg und in Uebereinstimmung mit den Abgg. Frhrn. v. Richthofen und Witzmann dankbar für die im Entwurf gebrachte Umwandlung der Nebenbahnen Striegau—Merzdorf und Jauer—Rohnstock in Hauptbahnen und wünscht einen Abendschnellzug Breslau—Berlin.

Abg. Dr. **Dumrath** (natl.) bittet um eine Verbindung zwischen den Strecken Harburg—Buxtehude und Buchholz—Arfseld—Bremervörde—Geestemünde.

Abg. **Graß** (frkons.) empfiehlt eine Bahn Torgau—Belgern.

Abg. **Duus** (frs. Vp.) fordert bessere Abendverbindung zwischen Flensburg und der nordschleswigschen Weide.

Abg. **Humann** (Ztr.) verlangt Verstaatlichung der westfälischen Landesbahn, Teilstrecke Wiedenbrück—Sennelager.

Abg. **v. d. Wense** (frkons.) wünscht eine Bahn Uelzen—Dannenberg—Quedlinburg.

Abg. **Klußmann** (natl.) bittet beim Schnellverkehr nach Bremen die Interessen der Unterweserorte mehr zu berücksichtigen.

Abg. **Kesternich** (Ztr.) empfiehlt eine andere Linienführung für die in der Vorlage vorgesehene Bahn Ahrdorf—Blankenheim.

Abg. **Gottschalk** (natl.) erörtert Bahnwünsche für den Kreis Lennep.

Abg. **v. Böhlendorff**-Kölpin (kons.) unterstreicht die Petition der Stadt Ueckermünde um eine Verbindung mit Ziegenort.

Abg. Dr. **Crüger**-Hagen (frs. Vp.) hält den Ausbau einzelner Bahnstrecken im Kreise Hagen für notwendig.

Abg. **Wagner**-Schmiedeberg (frs. Vgg.) wünscht bessere Verbindung zwischen Oberschlesien und der Grafschaft Glatz, sowie zwischen Hirschberg und Dresden über Görlitz.

Abg. **Fromme** (natl.) fordert bessere Verbindung von Soest nach dem Westen und zurück.

Abg. **Frhr. v. Twickel** (Ztr.) verlangt eine direkte Verbindung Münster—Dortmund.

Abg. **Studemt** (frkons.) Als auch die diesjährige Vorlage mich leer ausgehen ließ, rief ich mit Faust: „Hier steh' ich nun, ich armer Tor, und bin so klug noch wie zuvor.“ (Heiterkeit.) Dabei sind doch die Bahnwünsche des Kreises Schwiebus-Züllichau auch so bitter berechtigt, daß jetzt auch der Minister selbst hätte anwesend sein sollen.

Abg. Dr. **Hager** (Ztr.) bedauert, daß die eigenartige preußisch-österreichische Grenze bei Leobschütz die Entwicklung des Bahnverkehrs bisher verlangsamt habe. Notwendig sei namentlich die Strecke Cosel—Leobschütz und eine Linie nach dem Süden des Kreises Leobschütz.

Abg. **Peltasohn** (frs. Vgg.) begrüßt die im Entwurf gebrachte Nebenbahn Bartschin—Mogilno, wünscht aber ihre Fortsetzung nach Norden und Süden.

Abg. **v. Schubert** (b. k. F.) vermißt in der Vorlage die Bahn Lebach—St. Wendel.

Abg. Dr. **Fisch** (frs. Vp.) bemängelt die Ablenkung des Verkehrs von der Strecke Frankfurt—Wiesbaden durch die Bevorzugung der Linie Wiesbaden—Homburg.

Abg. **Glocke** (Ztr.) erhofft von der Ankündigung des Ministers, der Westen solle künftig ebenso berücksichtigt werden wie der Osten, mehr Bahnen für das Sauerland.

Abg. **Hintzmann** (nl.) wünscht direkte Verbindung zwischen dem Wuppertal und Berlin.

Abg. Dr. **Hauptmann** (Ztr.) empfiehlt die Rechts-Mosel-Bahn unter besonderer Betonung, daß sein Wahlkreis an diesem Projekt nicht direkt interessiert sei.

Abg. **Beckmann** (kons.) bedauert die seitherige Vernachlässigung des rechten Naheufers.

Abg. **Lusensky** (nl.) verweist auf die völlige Bahnlosigkeit der Stadt Labischin.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 11 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

239. Sitzung vom 1. April, 10 Uhr.

Am Bundesratstisch: von Breitenbach.

Die Etatsberatung wird bei dem

Etat der Reichseisenbahnen

fortgesetzt.

Abg. **Will**-Straßburg (Ztr.) bedauert den Rückgang der Einnahmen infolge der verschlechterten wirtschaftlichen Konjunktur, ebenso andererseits, daß die Besoldungsverbesserungen immer noch auf sich warten lassen.

Abg. **Böhle** (Soz.) tadelt die Bahnhofszensur. Wie komme die Verwaltung ferner dazu, den Eisenbahnbeamten die Teilnahme an Wahlrechtsdemonstrationen bei Strafe der Entlassung zu verbieten! Weiter übt Redner eingehend Kritik an den Arbeitsverhältnissen auf den Reichsbahnen.

Abg. **Wetterle** (Elsässer) befürwortet eine neue Eisenbahnverbindung zwischen dem Elsaß und Frankreich, und zwar von Kolmar aus.

Abg. **Werner** (Reformp.): Die Bahnverwaltung solle nicht so langfristige Abschlüsse machen zu hohen Preisen. Ein schweres Uebel ist, daß das Ausland die deutschen Kohlen billiger erhält als das Inland. Auch bei Bezug von Bekleidungsmaterial wird unwirtschaftlich verfahren.

Eisenbahnminister **Breitenbach:** Offiziell ist der Wunsch nach einer neuen Verbindung von Frankreich an die Verwaltung noch nicht herangetreten. Ich werde aber die Frage mit Interesse im Auge behalten. Die Kohlenlieferungsverträge sind 1907 auf drei Jahre abgeschlossen. Tatsache ist, daß wir dabei für 1908 einen Gewinn gehabt haben, denn hätten wir nur auf ein Jahr abgeschlossen gehabt, hätten wir viel mehr zahlen müssen. Auch die österreichischen und andere ausländische Staatsbahnen haben sich inzwischen zu mehrjährigen Abschlüssen verstanden, und zwar zu höheren Preisen, als wir bezahlen. Was die Beamtenverhältnisse betrifft, so werden wir auch die heute gehörten Anregungen sorgfältig prüfen. Ein Beweis für das Entgegenkommen der Verwaltung ist aber doch wohl, daß wir sogar in einer Zeit niedergehender Konjunktur uns zu Mehraufwendungen für Löhne entschlossen haben. Zu Arbeiterentlassungen sind wir an keiner Stelle geschritten. Wir verringern unser Personal nur, indem wir frei werdende Stellen nicht wieder besetzen.

Abg. **Schirmer** (Ztr.) fordert die Einbeziehung der reichsländischen Eisenbahnarbeiter unter das Arbeitskammergesetz.

Abg. **Storz** (Dtsch. Vp.) erbittet bessere Verbindungen zwischen Württemberg und dem Reichslande.

Abg. **Heckscher** (frs. Vgg.) bedauert den Ausschluß sozialdemokratischer Zeitungen von den Bahnhofsbuchhandlungen.

Minister **von Breitenbach:** Die Eisenbahn ist kein Gewerbebetrieb. Die Eisenbahnarbeiter fallen also nicht unter die Arbeitskammern. Anträge auf bessere Verbindung mit Württemberg sind nicht an uns gelangt. Sozialdemokratische Literatur gehört nicht in die Bahnhofsbuchhandlungen.

Abg. **Göring** (Ztr.) wünscht eine Verbindung von Pirmasens nach Elsaß-Lothringen und weitere Anschlüsse von dort.

Ein **Regierungskommissar** erklärt, daß es an Anschlüssen im Reichslande nicht fehlen würde, wenn die bayerische Regierung erst die Linie von Pirmasens gebaut habe.

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vgg.) fordert Erweiterung der Rechte der Arbeiterausschüsse.

Abg. **Emmel** (Soz.): Der Verzicht auf das Streikrecht ist bedeutungslos. Die Eisenbahnarbeiter werden sich trotzdem organisieren, um ihre Forderungen durchzusetzen, wenn der Minister auch noch so brutal gegen sie vorgeht.

Vizepräsident **Kaempf** ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. **Emmel** (fortfahrend): Mit dem persönlichen Adel ist leider dem Eisenbahnminister nicht der Adel der Gesinnung verliehen worden.

Vizepräsident **Kaempf** ruft den Redner zum zweiten Mal zur Ordnung.

Eisenbahnminister **v. Breitenbach:** Ich begreife es, daß dem Abg. Emmel der Verzicht der großen Organisationen auf das Streikrecht unangenehm ist, weil seine Partei bald isoliert sein wird. Die Kohlenausfuhrtarife sind für Frankreich, Italien und die Schweiz aufgehoben, so daß die vom Abg. Grafen Kanitz eingeleitete Bewegung erfolgreich war. Wir wünschen nicht, daß die Arbeiterausschüsse untereinander in Verbindung treten.

Es folgt der

Etat des Reichsschatzamts.

Abg. Graf **Kanitz** (kons.): Ich habe neulich vor den drohenden Zollerhöhungen in Amerika gewarnt. Herr Gothein hat unserer Industrie einen schlechten Dienst erwiesen, wenn er meine Worte abzuschwächen suchte. Er hat wieder das lahme Pferd des Freihandels geritten. Es ist schon jetzt sehr lahm, und Herr Gothein wird es wohl noch erleben, daß es ganz zu Fall kommt.

Abg. **Kaempf** (frs. Vp.): Wir gehen in freihändlerischer Richtung vorwärts. An dieser Tatsache wird jeder Widerspruch zerschellen. (Zustimmung links, Lachen rechts.) Ich erinnere auch an die letzte Erklärung des Fürsten Hatzfeldt, daß die Zeit vorüber sei, wo lediglich agrarische Interessen auf Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches Einfluß ausüben durften, weil die ländliche Bevölkerung nur noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht. (Sehr richtig links, Widerspruch rechts.)

Abg. **Arendt** (Rp.): Es soll kein Mißverständnis über die Fürst Hatzfeldtsche Erklärung aufkommen. Sie ging nicht dahin, daß in irgend einer Weise von einer einseitigen agrarischen Politik gesprochen wurde auf Kosten anderer Berufsstände. Meine Freunde haben immer die Interessen aller Berufsstände zu wahren gesucht. Ohne die ausreichende Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Interessen ist eine gedeihliche volkswirtschaftliche Entwicklung in Deutschland jedenfalls nicht möglich. (Beifall rechts.)

Abg. **Weber** (nl.): Wir sind im Gegensatz zum Abg. Kaempf der Ansicht, daß die heutige Situation und die heutige Lage der Landwirtschaft zweifellos auch der Industrie und dem Handel Deutschlands wesentliche Vorteile verschafft hat. (Hört! hört! rechts.) Bei uns wurden dieselben Mißstände einreißen wie in England, wenn es anders wäre. Die Landwirtschaft ist jetzt jedenfalls ein stärkerer Abnehmer unserer Industrie als früher. Und wir bleiben gewillt, diese Stellung der Landwirtschaft und damit unsere volkswirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. (Beifall rechts u. b. d. Natl.)

Abg. Graf **Kanitz** bestreitet noch, daß ein Getreide-Export stattfinde. Wir haben keinen Anlaß, Freihändler zu werden. (Beifall rechts.)

Abg. **Kaempf:** Der Freihandel wird seinen Weg finden.

Abg. **Arendt** (Reichsp.) bespricht sodann noch die Silberausprägungen. Die gesteigerten Gewinne daraus seien für dies Jahr voraussichtlich so groß, daß sie nicht nur allein für Stärkung des Betriebsfonds, sondern auch für allgemeine Staats- und Reichszwecke Verwendung finden müßten.

Reichsschatzsekretär **Sydow:** Den Gewinn aus Silberprägungen nicht zu den laufenden Ausgaben zu verwenden, sondern nur zur Stärkung des Betriebsfonds, ist ein Gebot der Solidität.

Die Abgg. **Weber** (nl.) und **Erzberger** (Ztr.) stimmen dem zu und lehnen ebenfalls die Anregung des Abg. Arendt ab.

Bei den

Zöllen und Verbrauchssteuern

befürwortet Abg. **de Witt** (Ztr.) sehr ausführlich die Einführung eines Zolles auf Nitrit.

Schatzsekretär **Sydow:** Betreffende Eingaben liegen der Regierung vor. Es ist aber deren eingehende Prüfung im Interesse der inländischen Industrie nötig, dieselbe wird möglichst beschleunigt werden.

Abg. **Dove** (frs. Vgg.) widerspricht dem Verlangen de Witt's.

Abg. **Speck** (Ztr.) wendet sich gegen die freihändlerischen Darlegungen **Kaempfs.** Gerade der jetzige Augenblick, wo die Vereinigten Staaten ihren Zolltarif erhöhen wollen, und wo ähnliche Bestrebungen in England bestünden, sei am allerungeeignetsten, für den Freihandel einzutreten.

Weitere Debatten entstehen nicht mehr.

Die zweite Lesung des Etats ist damit beendigt.

Nächste Sitzung heute nachmittag 4½ Uhr. Dritte Lesung des Etats.

Schluß 3½ Uhr.

240. Sitzung vom 1. April, 4½ Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, v. Einem, Kraetke, Dernburg, v. Schoen.

Auf der Tagesordnung steht die

dritte Lesung des Etats.

In der Generaldiskussion bemerkt

Abg. **v. Dannenberg** (Welfe): Wir leben jetzt unter anderen Verhältnissen als bei den letzten Neuwahlen. Damals sprach man von den Hottentotten, jetzt spricht man von 500 Millionen neuer Steuern. Manche von denen, die diese Steuern bewilligen, werden zum Kanzler sprechen können: Morituri de salutant. Dich grüßen, die nicht wiedergewählt werden. Die jüngsten Auslassungen des Fürsten Bülow gegen die Welfen weise ich zurück. Wird nicht in den braunschweigischen Kirchen das Gebet für das Welfenhaus im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen im Reich gesprochen? Als Redner schließlich die Gebietsansprüche Braunschweigs mit denen Bayerns vergleicht, können ihm laute Schluß-Rufe entgegen. Nibelungentreue nicht nur gegenüber Oesterreich, sondern auch gegenüber Braunschweig! (Erneute Schluß-Rufe.)

Abg. **Arning** (natl.) sieht in den Ausführungen des Vorredners nur einen Beweis für die Richtigkeit der jüngsten Kanzlerrede.

Die Generaldiskussion wird unter Heiterkeit geschlossen. In der Einzelberatung erörtert beim Reichsamt des Innern

Abg. **Sachse** (Soz.) sozialpolitische Fragen des Bergbaues. Bei der im Hause herrschenden Unruhe gelingt es dem Redner nur schwer, sich verständlich zu machen. Die Arbeitgeber in der Großindustrie hemmen jeden sozialpolitischen Fortschritt und ihrem Willen beugt sich auch die Regierung.

Abg. **Kölle** (wirtsch. Vgg.) fragt nach dem Schicksal der Resolution über das Wahlrecht der Wanderarmen.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg:** Die Resolution war zunächst dem preußischen Minister des Innern unterbreitet, dessen Antwort jetzt eingegangen ist. Ueber die Resolution auf Schaffung eines Reichsberggesetzes liegt ein Beschluß des Bundesrats nicht vor. Ueber die Art, wie ich Sozialpolitik zu treiben habe, lasse ich mir vom Abg. Sachse keine Vorschriften machen.

Schluß des Berichts 6¼ Uhr.

Ausland.

Frankreich. Der Senat hat den Gesetzentwurf betreffend das Handelsübereinkommen mit Kanada angenommen.

Niederlande. Die Generalstaaten haben ohne Debatte die Gesetzentwürfe über eine eventuelle Regentschaft und über die Vormundschaft während der Minderjährigkeit des Thronfolgers angenommen.

Belgien. Die Deputiertenkammer nahm im Verfolg einer Interpellation über die Zwangsarbeit im Kongostaat eine Tagesordnung an, die als nächste Reformen in der Kolonie verkürzte Arbeitszeit, erhöhten Arbeitslohn, Zahlung in Geld sowie Beschäftigung der Eingeborenen nur in ihrem Bezirk verlangt. — In zweiter Lesung wurde hierauf der Neunstundentag als Maximalarbeitstag für Bergarbeiter angenommen.

Spanien. Der König ist am Donnerstag wieder in Madrid eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich die Prinzessin Viktoria von Schleswig-Holstein, die einige Zeit bei der Königin, ihrer Cousine, zum Besuch weilen wird.

Rußland. Der Kaiser empfing Donnerstag nachmittag in Zarskoje-Selo die bulgarischen Minister Paprikow und Sallabaschew.

Türkei. Die Verhandlungen mit Bulgarien werden nicht vom Handelsminister Nuradunghian, sondern vom Minister des Aeußern Rifaat Pascha geführt werden. Die Direktion der Orientbahn hat bisher keine Einladung zur Teilnahme an den Verhandlungen erhalten. Der Beginn der Besprechungen ist nicht vor dem 3. April zu erwarten. — Die Kammer beendete am Donnerstag die Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Die türkischen Blätter weisen nachdrücklich auf den Notstand und die beginnende Hungersnot in einzelnen Gebieten Anatoliens und sogar im reichen Wilajet Brussa hin. Die Steuererhebung sei infolgedessen schwierig und die Frühjahrsausfaat im Rückstande. Die Pforte und die Anatolische Bahn setzten ihre Hilfsaktion fort.

Zur Lage in Persien. Konstantinopeler Blättern zufolge ersuchte der türkische Geschäftsträger in Teheran telegraphisch um Entsendung von Truppen zum Schutze der türkischen Untertanen in Teheran und um Entsendung eines Kriegsschiffes nach Abuschehr.

Marokko. Dem Pariser „Matin“ wird aus Fes gemeldet, daß trotz der Bemühungen Frankreichs und Spaniens Mulay Hafid sich geweigert habe, den Artikel 60 der Algecirasakte, wonach Europäer im Umkreise von 12 Kilometern im europäischen Handelsgebiet Grundbesitz erwerben können, sofort in Kraft treten zu lassen. Ferner hat Mulay Hafid den von der Gesundheitskommission geplanten öffentlichen Bauten die Genehmigung versagen wollen. Weiter verlangt er, daß die überwiegende Mehrheit der Entschädigungskommission aus Marokkanern bestehe.

Griechenland. Der König hat Rhallis mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Rhallis habe sich, wie es heißt, eine vierundzwanzigstündige Bedenkzeit ausgebeten, sowie die Versicherung, daß der König seine Zustimmung zur Auflösung der Kammer geben werde.

Kuba. Einem Telegramm aus Havana zufolge haben die letzten amerikanischen Truppen Kuba verlassen.

Die Luftschiffahrt.

Zeppelins Fahrt nach München. Im Anschluß an unsere verschiedenen Meldungen über Zeppelins Fahrt nach München in Nummer 155 der „Hall. Ztg.“ teilen wir zunächst folgenden näheren Bericht über die infolge des starken Südwestwindes mißglückte Landung, der aus München vorliegt, mit: Das Reichsluftschiff „Z. I.“ überflog am Donnerstag um 9½ Uhr den Exerzierplatz in Oberwiesenfeld, konnte aber infolge des heftig anwachsenden Südwestwindes nicht landen, sondern wandte sich nach einigen Manövern den Isarniederungen nach Oberföhring zu. Dort sah man ihn stetig und sicher manövrieren. Bald erschien er mit der Spitze nach oben gerichtet, bald hoch am Firmament, bald senkte er sich wieder so niedrig, daß er den Blicken entschwand. Eine Abteilung von Luftschiffern wurde in Automobilen dem Ballon nachgeschickt, um bei einer eventuellen Landung mitzuhelfen. Um 10 Uhr 45 Min. schien es, als ob er sich wieder nach München wenden wolle, doch konnte er anscheinend gegen den heftigen Südwestwind nicht aufkommen. Oberwiesenfeld war von einer zahlreichen Menschenmenge um-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190904022-14/fragment/page=0002

lagert, das Feld von Militär umstellt. Um 11 Uhr zogen die zur Landung bestimmten Truppen wieder ab. Der Ballon verschwand immer weiter in der Ferne. Es schien, als ob er in der Richtung nach Norden auf Oberwiesenfeld zurückkommen wolle. Um 11 Uhr 30 Minuten schien der Ballon nach Moosburg abzuziehen. Alle aus den Nachbarorten einlaufenden Meldungen bestätigen, daß die Motore fortgesetzt arbeiten und hörbar sind; es macht den Eindruck, als ob der Ballon aus der heftigen Luftströmung zu entkommen sucht. Um 11 Uhr 30 Minuten erhielt auch das Eisenbahnbataillon den Befehl zum Ausrücken.

Das Luftschiff wurde durch den heftigen Südwestwind (Windstärke 5—6) in nordöstlicher Richtung über das Erdinger Moos abgetrieben. Der Ballon ist in Erding, Alding und Oberding mit tätigen Maschinen vorbeigekommen und um 11 Uhr 15 Min. in Freysing gesehen worden. Der Ballon sucht offenbar dem Südwestwinde nach Osten zu auszuweichen. — Soweit dieser Bericht, dem wir noch folgende Telegramme, welche uns heute morgen vorliegen, anfügen:

Landshut i. B., 1. April. Das Luftschiff „Z. I." wurde von hier in der Richtung nach Dingelfing weiter getrieben. Nach einer Meldung des „Kurier für Niederbayern" ist es Donnerstag nachmittag um 3 Uhr 6 Min. bei Niederviehbach bei Dingelfing gelandet.

Landshut i. B., 1. April. Wie der „Kurier für Niederbayern" meldet, wurde das ganze erste Bataillon des 16. Infanterie-Regiments mittels Extrazuges zum Landungsplatz des Luftschiffes „Z. I." befördert. Voraussichtlich soll die Rückfahrt über München morgen früh angetreten werden. Der Wind hält noch immer an.

München, 1. April. Die Luftschifferabteilung wurde heute nachmittag mit einem um 5 Uhr 11 Min. von Moosach abgegangenen Extrazug nach der Landungsstelle des „Z. I." bei Dingolfing befördert.

Aus Nah und Fern.

Dr. Wiegands Beisetzung. In Bremen erfolgte Donnerstag vormittag unter großer Beteiligung die Beisetzung für den verstorbenen Generaldirektor des Norddeutschen Lloyds Dr. Heinrich Wiegand. Vertreter des Kaisers, des Prinzen Heinrich, des Königs von Sachsen und des Großherzogs von Oldenburg waren zugegen. Der Senat der Stadt Bremen nahm fast vollzählig an den Feierlichkeiten teil. Ferner hatten Vertreter entsandt das Reichsamt des Innern, das Reichskolonialamt, das Reichspostamt und zahlreiche andere Reichsbehörden. Nachdem Pastor Weiß im Trauerhause die Trauerrede gehalten hatte, wurde der mit Kränzen und kostbaren Blumenarrangements reich geschmückte Sarg unter Orgelspiel hinausgetragen. Nach der Grabrede und dem Trauergesang wurden noch eine große Anzahl Kränze am Grabe niedergelegt. Eine vieltausendköpfige Menschenmenge hielt den Friedhof und die Umgebung besetzt.

Schwere Explosion an Bord. Wie wir aus Marseille erfahren, ereignete sich an Bord des Dreimasters „Jules Henri", der Petroleum von Philadelphia nach Cette transportierte, am Donnerstag eine Explosion. Sechs Arbeiter wurden getötet, zehn schwer verletzt. Da das Schiff Petroleum nicht mehr an Bord hatte, wird angenommen, daß Petroleumgase, die noch im Raum vorhanden waren, sich entzündeten, als ein Sachverständiger das Schiff untersuchte und dabei eine Lampe gebrauchte. Zur Zeit der Explosion waren an Bord 20 Arbeiter beschäftigt.

Der Hafen von Port Sudan ist Donnerstag vormittag in Gegenwart der höchsten ägyptischen und britisch-ägyptischen Beamten vom Khediven feierlich eröffnet worden.

Die russischen Terroristen. Als Donnerstag nachmittag der Intendant des jüdischen Krankenhauses in Warschau 5000 Rubel Spitalgelder zur Auszahlung brachte, wurde er von vier Terroristen durch Revolverschüsse verwundet und beraubt. Zwei Verbrecher entkamen. Einer wurde verhaftet; der vierte ergab sich erst, als die Patronen verschossen waren.

Eine ganze Familie ermordet. In der Fabrikstadt Tomaschow (Gouv. Petrikau) wurde die ganze Familie eines Buchhändlers namens Silbermann ermordet. Der Mann, seine Frau, drei Töchter und ein Knabe wurden mit der Axt niedergestreckt.

Für die Ueberschwemmten. Die Stadtverordnetenversammlung in Berlin beschloß, für die Notleidenden im Ueberschwemmungsgebiet 10 000 Mark zu bewilligen.

Zwei Seeleichter gestrandet. Bei Juist sind zwei Seeleichter, die von Rotterdam nach Bremerhaven bestimmt sind, gestrandet, nachdem die Schlepptrosse gerissen war. Die Mannschaft ist an Bord. Von dem Schleppdampfer ist nichts bekannt.

Die Erkrankung der Zarin. Der „Pester Lloyd" meldet aus Petersburg: In dem ungünstigen Gesundheitszustand der Zarin ist in der letzten Zeit eine Verschlimmerung eingetreten. Die Angstzustände, an denen die Zarin seit der Strandung der Zarenjacht leidet, haben sich in letzter Zeit häufiger eingestellt, so daß sie sehr unter Schlaflosigkeit leidet. Die Sorgen um ihre Kinder hat den Charakter der Furcht und Bangigkeit angenommen, so daß es viel Mühe kostet, die Kaiserin zu beruhigen und ihr die Furcht auszureden. Wenn auch die Zarin sich scheinbar überreden läßt, so besteht das Angstgefühl dennoch fort. Neuerdings hat sich die Zarin von der Außenwelt völlig abgeschlossen. Es werden wieder Reisepläne erwogen, die jedoch auf den Widerstand der Kaiserin stoßen, weil sie sich nicht von ihren Kindern trennen will.

Infolge Kurzschlusses. In der Maschinenhalle der Hoch- und Untergrundbahn in der Gebbinerstraße zu Berlin erfolgte Donnerstag abend infolge Kurzschlusses eine Explosion. Die Folge davon war eine Beschädigung einer dort aufgestellten Hochstrommaschine und die Unterbrechung des Verkehrs für eine Stunde. Durch Kupferstücke, die aus den zertrümmerten Scheiben der Maschine flogen, wurde die Frau des Direktors Krüger am rechten Oberschenkel verwundet.

Brandkatastrophe. Das Dorf Vilters bei Sargens wurde am Donnerstag während eines heftigen Sturmes von einer Feuersbrunst heimgesucht. Zwölf Häuser und Ställe brannten nieder.

Infolge einer Eifersuchtsszene tötete der Uhrmacher Schmidt in Zürich die 24jährige Handarbeitslehrerin Hurni, seine Braut, die ihm den Abschied geben wollte, durch Revolverschüsse, gab solche auch auf die herbeieilende Mutter der Braut ab und verletzte sich dann lebensgefährlich.

Provinz Sachsen und Umgebung.

W. **Braunschweig**, 1. April. (Aus Anlaß der Hundertjahrfeier der beiden braunschweigischen Regimenter) fand heute vor dem Herzogregenten Parade statt, an der außer den beiden Regimentern auch die ehemaligen Angehörigen derselben teilnahmen. Der Herzogregent ritt zunächst die Front der aktiven Regimenter und der Kompagnien der ehemaligen Regimentsangehörigen ab und nahm sodann den Vorbeimarsch der an der Parade beteiligten Truppen entgegen. Die Veteranen von 1870/71 nahmen an der Parade als besondere Kompagnie teil.

W. **Sondershausen**, 1. April. (Die feierliche Beisetzung des verstorbenen Fürsten Karl Günther von Schwarzburg-Sondershausen) fand heute nachmittag um 1 Uhr statt. Voraus ging eine Trauerandacht im Vestibül des Schlosses. Der Trauerzug bewegte sich nach der Kirche, wo sich das fürstliche Mausoleum befindet, unter dem Trauergeläute aller Kirchenglocken. Spalier bildeten das erste Bataillon des 71. Infanterie-Regiments, Krieger- und Militärvereine, die Feuerwehr, die Belegschaften der Gewerkschaft „Glückauf" und die Schulen. Vor dem Sarge wurden die Orden des Verblichenen von zwei Offizieren getragen. Im Trauerzuge hinter dem Sarge befanden sich die Fürstinwitwe, Prinz August Wilhelm als Vertreter des Kaisers, Prinz Johann Georg von Sachsen in Vertretung des Königs von Sachsen, Fürst und Fürstin von Schwarzburg-Rudolstadt, Prinz Sizzo mit Gemahlin, der Herzog von Anhalt, Prinz Aribert von Anhalt, der Herzog von Altenburg. Nachdem der Segen gesprochen war, erfolgte die Beisetzung in der fürstlichen Familiengruft unter den Ehrensalven der ersten Kompagnie des 71. Infanterie-Regiments.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. **Petersburg**, 1. April. Anläßlich der Hundertjahrfeier Gogols sind in allen Blättern Festartikel erschienen. Die Universität und die Akademie der Wissenschaft veranstalteten Gedenkfeiern. Auch in anderen Städten des Reiches wurde der Gedenktag festlich begangen. Mehrere Schulen wurden nach dem Dichter benannt und Gogolstiftungen gegründet. Abends sind fast an allen Theatern Rußlands Stücke Gogols aufgeführt worden.

W. **Paris**, 1. April. Der Kritiker René Doumic und der Dichter Jean Ricard sind zu Mitgliedern der Academie Française gewählt worden.

Letzte Telegramme.

Der Kanzler beim Kaiser.

Berlin, 2. April. Reichskanzler Fürst v. Bülow war gestern zur Mittagstafel beim Kaiser im Neuen Palais bei Potsdam eingeladen.

Der Kaiser und Fürst Radolin.

Paris, 2. April. Der Kaiser hat dem Botschafter Fürsten Radolin zu seinem Geburtstage ein huldvolles Glückwunschtelegramm sowie eine prachtvolle Bronze übersandt.

Der Kaiserpreis.

Berlin, 2. April. Den Kaiserpreis der heute offiziell zur Eröffnung gelangenden Gartenbau-Ausstellung erhielt Donner aus Tuttlingen, den Ehrenpreis des Kronprinzen Koschel-Berlin.

Die Luftschiffahrt.

Frankfurt a. M., 1. April. Der Direktor der internationalen Luftschiffahrt-Ausstellung, Major Tschudi, hat mit der Graf Zeppelin-Luftschiffahrt-G. m. b. H. einen Vertrag abgeschlossen, nach dem Graf Zeppelin die Ausstellung mit einem Luftschiff beschickt, das während der Ausstellung von hier aus Fahrten unternehmen soll. Für die Unterbringung des Luftschiffes ist der Bau einer Halle schon begonnen worden.

Ein Beschluß von weittragenden Folgen.

Brüssel, 2. April. Nach der gestern erfolgten Annahme des Maximalarbeitstages von neun Stunden für alle Bergarbeiter werden alle Arbeiter gleiche Vergünstigungen verlangen.

Der neue Oberbefehlshaber in Indien.

London, 2. April. General Creagh ist zum Nachfolger Kitcheners als Oberbefehlshaber in Indien ernannt worden.

Wasserstandsvorhersage.

Infolge neuerdings anhaltenden Wasserstandes der Schwarzen Elster ist der auf heute für Wittenberge vorausgesagte Wasserstand um 27 cm überschritten worden. Der für Roßlau vorausgesagte Wasserstand ist durch stärkeren Wuchs der Mulde gegen 70 cm höher geworden.

An Stelle der in der letzten Wasserstandsvorhersage für die Elbe angegebenen Wasserstände sind deshalb folgende Werte zu erwarten, die in den nächsten Tagen noch weiter ansteigen werden.

Elbe:

Barby (eingetret.)	= +	4,46 m	am 1. cr. vormittags
Schönebeck	= +	4,60 „	am 1. cr. mittags
Pretzien (O.-P.)	= +	5,30 „	am 1. cr. mittags
Magdeburg	= +	3,95 „	am 1. cr. abends
Tangermünde	= +	4,40 „	am 2./3. cr. nachts
Sandau	= +	4,75 „	am 3. cr. vormittags
Dom. Mühlenholz	= +	4,95 „	am 3. cr. vormittags
Wittenberge	= +	4,50 „	am 4. cr. mittags.

Magdeburg, den 1. April 1909, 10 Uhr vormittags.

Elbstrombauverwaltung.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

W. **Die Subskription** auf 61 414 000 M 4½%ige von der Russischen Regierung absolut garantierte steuerfreie Eisenbahn-Obligationen und zwar 26 000 000 M der Moskau-Kiew-Woronesch Eisenbahn, 20 757 000 M der Moskau-Kasan Eisenbahn, 14 657 000 der Wladikawkas Eisenbahn findet am 7. April d. J. in Deutschland und Holland statt. Der Subskriptionskurs in Deutschland ist 88½%.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg**, 1. April. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unv., englischer gut 222 bis 227 M, mittel —,— M, gering bis —,— M, do. Sommer- gut —,— M, mittel —,— bis —,— M, do. Kolben Sommer- gut 235—242 M, do. Rauhgut —,— M, do. ausländischer gut —,— M. Roggen inländ. gut 165 bis 170 M, feinster über Notiz. Gerste geschäftslos hiesige Chevaliergerste gut 198—205 M, mittel —,— M, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 190 bis 195 M, mittel —,— M, ausländische Futtergerste fester, gut 137—139 M; feinste über Notiz. Hafer fest, inländischer gut 179 bis 182 M. Mais fest, runder gut 166—169 M amerikanischer bunter —,— M. Erbsen hiesige Viktoria gut —,— bis —,— M, grüne Folger —,— M.

L. **Hamburg**, 1. April. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Durum I prompt 244 M, Mai/Juni 240 M, Rosafé 79/80 kg schw. 242½ M, Febr./März 242½ M, Barletta Russo 80 kg schwimmend 240½ M, Febr./März 240½ M, April/Mai 241½ M, Ulka 9 Pud 35 schwim. 242½ M, 10 Pud April/Mai 244 M, Sibir. 74/75 kg prompt 226½ M, Mai/Juni 227½ M, Ajustal. Jan./Febr. 245 M. — Futtergerste: Südruß. 60/61 kg schw. 132½ M, März 131½ M, April/Mai 131½ M, Juni 131½ M. — Hafer: Nordruß. 50/51 kg 3 ⁰/₀ April/Mai 172½ M, La Plata 46/47 kg schwimmend 164½ M. — Mais: La Plata März/April 155½ M, April/Mai 148½ M, Mai/Juni 147½ M, Juli/Aug. 148 M, Mixed Dampfer „Armenia" schwim. 159½ M, Dampfer „Amerika" 160½ M, Dampfer „Bethanien" 160 M, Donau Bulg. Iad. geled. 159½ M.

— **Berlin**, 1. April. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 229,00—231,00 M ab Bahn und frei Mühle, Mai 232,00 bis 232,50 - 232,25 M, Juli 231,00—230,75 M, Septbr. 210,75 M. Roggen, inländ., 171,00—171,50 M ab Bahn und frei Mühle Mai 175,75 bis 175,50 M, Juli —,— M, Septbr. —,— M. Hafer märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. u. schles. fein 188 bis 196,00 M, mittel 183,00—187,00 M, gering 179—182 M, russ. 177 bis 182 M ab Bahn u. frei Wagen. Mais, amerik. Mixed 168—171 M runder 170,00—173,00 M frei Waggon. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 156,00—167,00 M, gute 168,00—184,00 M, russische und Donau leichte 140,00—144,00 M, schwere —,— M, ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futterware mittel 187—192 M. Taubenerbsen 193—202 M, ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 28,25—30,50 M. Roggenmehl 0 und 1 21,10 bis 23,00 M. Weizenkleie 11,50—12,25 M. Roggenkleie 11,50—12,20 M. — Mittagsbörse: Weizen inländ. 229,00—231,00 M ab Bahn, Mai 232,00—232,75—232,25—232,50 M, Juli 230,50 M, September 210,25 M, Oktober 208,25 M. Roggen inländ. 170 bis 171 M ab Bahn, Mai 175,25—174,25 M, Juli 180,25—179,75 M, September 177,50—177,75 M. Hafer, Mai 173,00—172,25 M. Weizenmehl 00 28,25 bis 30,50 M. Roggenmehl 0 und 1 21,10—23,00 M. Rüböl März 55,50 M Br., Mai 53,60 M, Br., Oktober 52,30 M Br.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 1. April. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Mai 232,50, Juli 230,50. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 197,70, Mai 187,70. Chicago Northern I Spring, Mai 183,45, Juli 164,60. Liverpool Red Winter Nr. 2, Mai 189,25. Paris Lieferungsware April —,—. Budapest Lieferungsware April 238,55. Odessa Ulka 9²⁰/₃₀ 3—4 ⁰/₀ Bes. einschl. Bordolspesen loko 180,55. Buenos-Aires Durchschn. Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 173,75. Juli 179,75. Odessa 9³⁰/₁₅ einschl. Bordolspesen loko 140,50. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 172,75, Juli 174,75. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 122,40. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Magdeburg**, 1. April. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 22,00—22,50 Mk. Die Handelskammer.

— **Berlin**, 1. April. Kartoffelstärke 21,75—22,25 Mk., Kartoffelmehl 21,75—22,25 Mk., feuchte Stärke 11,60 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 1. April. Spiritus matt, April 21½ G., April-Mai 21 G., Mai-Juni 21 G.

— **Paris**, 1. April. Spiritus ruhig, April 39,25, Mai 39,75, Mai-Aug. 40,25, Sept.-Dez. 38,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 1. April. Rüböl loko 59,00, Mai 57,50.

— **Hamburg**, 1. April. Rüböl ruhig, loko verzollt 60,00.

— **Amsterdam**, 1. April. Leinöl fest, loko —,—, Mai —,—, Mai-August 22⅞, Sept.-Dezbr. 22⅛, Januar-April —,—.

— **Paris**, 1. April. Rüböl behauptet, April 64,00, Mai 63,50, Mai-August 63,00, Sept.-Dez. 62,50.

W. Pest, 1. April. Raps per August 14,30 Gd., 14,40 Br.

Zucker.

W. Hamburg, 1. April. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per April 20,75, per Mai 20,85, per August 21,10, per Oktober 19,75, per Dezember 19,65, per März 20,00. Tendenz: matt.

W. London, 1. April. 96 % Java-Zucker prompt ruhig, 11 sh. 4½ d. Verk. Rüben-Rohzucker April ruhig, 10 sh. 4¾ d. Wert.

Kaffee.

— **Hamburg**, 1. April. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos April 35¾ G., Mai 35¾ G., September 33½ G., Dezember 32½ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**, 1. April. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 30.

— **Havre**, 1. April. Kaffee. Good average Santos Mai 45,75, Sept. 43,50, Dezember 42,25, März 42,00. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 31. März. Kaffee. Zufuhr 3 000 Sack in Rio, 2 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 1. April. Baumwolle, sehr ruhig, Upland middling loko 48¼ Pfg.

— **Antwerpen**, 1. April. Wolle. La-Plata-Zug Type B. April 5,65 bez. Juni 5,62½ bez. Ruhig.

— **Liverpool**, 1. April. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Tendenz: Willig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per April 4,93, per April-Mai 4,93, per Mai-Juni 4,96, per Juni-Juli 4,99, per Juli-August 5,02, per August-Septbr. 4,98, per Sept.-Okt. 4,96, per Okt.-Nov. 4,94, per Nov.-Dez. 4,93, per Dez.-Jan. 4,92.

Petroleum.

— **Hamburg**, 1. April. Petroleum flau, Amerik. spez Gewicht 0,800 7,25.

Metalle.

— **Amsterdam**, 1. April. Banczinn fest, loko 82¼.

— **London**, 1. April. Silber 23¼ Lstrl., Chili-Kupfer 57⁵/₁₆ Lstrl., per 3 Monate 57¹³/₁₆ Lstrl., Blei, span., 13¾ Lstrl., engl. 14⅛ Lstrl., Zinn 134⅜ Lstrl., Zink 21⅛ Lstrl.

— **Glasgow**, 1. April. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 47 sh. 3 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 1. April. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 184 Rinder, und zwar 47 Ochsen, 10 Kalben, 80 Kühe, 47 Bullen, 1013 Kälber, 240 Stück Schafe und 2025 Schweine, und zwar nur deutsche; zu 3462 Tiere. Preise Ochsen: I. —, II. 66, III. 58, IV. 50 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. —, II. —, III. 58, IV. 50, V. 40 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 65, II. 60, III. 54 M für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 57, II. 53, III. 38, IV. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 36, II. 34, III. 30 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 65, II. 62, III. 58, IV 57 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauft: 144 Rinder, und zwar: 38 Ochsen, 9 Kalben, 54 Kühe, 43 Bullen; 1010 Kälber, 139 Schafe, 1876 Schweine. Geschäftsgang: Rinder, Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen sehr langsam, Kälber gut, Schafe und Schweine langsam; schwere Mastkälber vernachlässigt.

Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde**, 31. März. Auftrieb: 3490 Schweine, 150 Ferkel. Verlauf des Marktes: Reges Geschäft; Preise anziehend. Es wurde gezahlt im Engroshandel für: Läuferschweine: 6 bis 7 Monate alt 36—58 M, 3—5 Monate alt 30—35 M; für Ferkel, mindestens 8 Wochen alt, 23—27 M, unter 8 Wochen alt 17—22 M.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 1. April. Roter Winter-Weizen loko 128½, per Mai 123¼, per Juli 115, per Sept. —,—, per Dez. —,—. Mais per Mai 75⅛, per Juli 74, per Sept. 73¾. Mehl 4,45. Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. Chicago, 1. April. Weizen per Mai 119⅞, per Juli 107⅝, Mais per Juli 66¼.

W. New-York, 1. April. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia 8,45, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 1,78.

W. New-York, 1. April. Schmalz Westernsteam 10,50, Rohe und Brothers 10,80.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton, Börsen- und Handelsteil i. V. Max Ebeling; für Provinz, Allgemeines und Lokales: i. V. Arthur Wierbach; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190904022-14/fragment/page=0003

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q₁* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q₃* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 1. April 1909

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lea, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 3½%, Lombardzinsfuß 4½%, Privatdiskont 2⅝%.

Nachdruck verb.

[illegible]

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemässigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190904022-14/fragment/page=0004
DFG